

# ISS AKTUELL



Gerald Brettner-Messler

## Hongkong 2014

Wiederholen sich die Ereignisse  
vom Tiananmen-Platz 1989?

**Impressum:**

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
Rossauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

*Oktober 2014*

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/14  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

## Vorwort

Zu einer Zeit, wo in der arabischen Welt, im russisch-ukrainischen Gebiet Osteuropas und in Afrika zahlreiche Konflikte an Intensität zunehmen, tauchen auch aus China beunruhigende Meldungen auf. Die Demonstrationen gegen die Beschränkung demokratischer Strukturen in Hongkong erinnern in manchem an die Proteste auf dem Tian'anmen-Platz in Peking (Beijing) vor 25 Jahren.

Zum besseren Verständnis der Vorgänge in Hongkong soll die vorliegende Kurzstudie dienen, die Dr. Gerald Brettner-Messler, langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik, verfasst hat.

Wie immer, sind die Analysen des ISS eine wissenschaftliche Information und stellen in keiner Weise einen offiziellen Standpunkt des BMLVS dar.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl*

*Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik*

## INHALTSVERZEICHNIS

### HONGKONG 2014 – WIEDERHOLEN SICH DIE EREIGNISSE VOM TIANAMEN-PLATZ 1989?

<i>Demokratie: kein Modell für die Volksrepublik.....</i>	<i>3</i>
<i>Hongkong - ein Risiko für Peking.....</i>	<i>3</i>
<i>Ein Land – zwei Systeme .....</i>	<i>3</i>
<i>Streitpunkt: Wahl des Regierungschefs.....</i>	<i>4</i>
<i>Haltung der chinesischen Regierung.....</i>	<i>5</i>
<i>Auswirkungen auf Taiwan .....</i>	<i>6</i>
<i>Bildnachweis.....</i>	<i>7</i>

# HONGKONG 2014 – WIEDERHOLEN SICH DIE EREIGNISSE VOM TIANAMEN-PLATZ 1989?

## **Demokratie: kein Modell für die Volksrepublik**

Zur besseren Einordnung von Ereignissen werden gerne Parallelen zu anderen Ereignissen gezogen. Angesichts der Massenproteste in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong liegt der Vergleich mit der Demokratiebewegung vom Tiananmen-Platz in Peking 1989 nahe. Studenten und andere Vertreter der Zivilgesellschaft protestieren öffentlich für mehr Bürgerrechte und fordern so die Autorität der kommunistischen Führung heraus. Chinas Position ist heute allerdings ungleich stärker als 1989. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt steht kurz davor, Nummer eins zu werden. Das Wirtschaftswachstum ist aber nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit; die für heuer angestrebten 7,5% wären der niedrigste Wert seit 1990. Politisch soll daher in China alles beim Alten bleiben, um die innere Stabilität nicht unnötig zu gefährden. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat klar gemacht, dass er nicht gewillt ist, eine Demokratisierung der Verhältnisse zuzulassen. Das hat er Hongkonger Geschäftsleuten bei einem Treffen knapp vor den jüngsten Protesten klar gesagt. Auch an anderen Beispielen wird die Unnachgiebigkeit der Führung deutlich. Die Informationsfreiheit im Internet wird aktuell stark eingeschränkt. Einer von vielen Fällen ist der von Charles Xue. 12 Millionen Leser verfolgten seine regierungskritischen Kommentare, bis er wegen Prostitution und Gruppensex (!) verhaftet wurde. Im Fernsehen wurde er als reuiger Sünder vorgeführt, der sich vor dem Publikum für sein „Fehlverhalten“ entschuldigte. Wer verleumderische Meldungen ins Internet stellt, die 500 weitere Male gepostet werden, kann zu drei Jahren Haft verurteilt werden. Auch bei ethnischen Konflikten wird ganz auf Härte gesetzt. Jüngstes Beispiel ist der uigurische Aktivist Ilham Tohti. Der Wissenschaftler setzte sich mit friedlichen Mitteln für die Rechte seiner Volksgruppe ein. Angesichts einer Terrorwelle uigurischer Extremisten will Peking offenbar jegliche Form von Dissens – ob friedlich oder gewalttätig

– unterbinden. Tohti erhielt daher eine lebenslange Haftstrafe wegen separatistischer Aktivitäten.

## **Hongkong - ein Risiko für Peking**

In Peking besteht die Sorge, dass das Beispiel Hongkong Schule machen könnte. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass aus Sicht der Regierung in der Stadt unbedingt wieder Ruhe einkehren muss. Gleichzeitig wird es eine Lösung aber nur aus einer gesamtchinesischen Perspektive geben, um kein Vorbild für Reformforderungen in anderen Teilen Chinas zu schaffen. Der Einsatz von Gewalt wäre ein denkbare Mittel, der sich allerdings auf die internationalen Beziehungen Chinas nachteilig auswirken würde. Ob sich aber der Westen wie 1989 mit Sanktionen gegen China stellen würde, ist angesichts der Wirtschaftsmacht des Reiches der Mitte fraglich. Hinzu kommt, dass die Differenzen mit Russland und der Krieg in Syrien und dem Irak die Aufmerksamkeit der USA und der EU stark beanspruchen. Neben Russland auch den Wirtschaftsgiganten China mit Sanktionen zu belegen, dürfte sich politisch schwer durchsetzen lassen. Genauso schwierig wird es aber für Peking, die Proteste in Hongkong mit Gewalt zu unterdrücken. Die Stadt ist ein wirtschaftliches Zentrum, der Schaden für China wäre beträchtlich. Zudem hat die Sonderverwaltungszone Hongkong eine historisch begründete Tradition bürgerlicher Freiheiten. Ein nachhaltiges Unterdrücken der Bürgerbewegung würde umfassende Repressalien erfordern, die dem Ansehen der Führung in Peking schaden würden.



Nächtliches Hongkong

## **Ein Land – zwei Systeme**

Hongkong war bis 1997 britische Kolonie. Die Briten hatten das Gebiet 1841/42 erworben, 1860 und 1898 wurde es vergrößert, wobei die letzte Vergrößerung eine Pacht auf 99 Jahre, also bis 1997, war. Die Rückgabe des gesamten Territoriums an China wurde bereits 1984 in einem Abkommen zwischen der Volksrepublik

und Großbritannien festgelegt. Die künftigen inneren Verhältnisse waren aus naheliegenden Gründen ein wesentliches Thema, weil weite Kreise der Metropole das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beibehalten wollten. Peking sagte eine Sonderstellung nach dem Muster „Ein Land, zwei Systeme“ zu. 1990 wurden im „Basic Law“ die verfassungsrechtlichen Bestimmungen für Hongkong nach der Vereinigung mit der Volksrepublik festgelegt. Die Absicherung ihrer Rechte war besonders in Folge der Ereignisse in Peking 1989 für viele Hongkonger ein Anliegen.

Für die aktuelle Konfrontation bedeutsam ist, dass es unter der britischen Herrschaft kein allgemeines Wahlrecht gab; ein Umstand, den Peking angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen gerne ins Treffen führt, um internationale Kritik als scheinheilig abzutun. Dieser Mangel war allerdings nur ein Aspekt der britischen Herrschaft. Medienfreiheit und eine unabhängige Gerichtsbarkeit gab es sehr wohl. Um deren Fortbestehen machen sich Demokratieaktivisten heute große Sorgen. Erst der letzte britische Gouverneur Chris Patten leitete 1992 eine Demokratisierung ein. In Peking löste der Reformschub so kurz vor der Übergabe Protest aus, mussten die Maßnahmen doch wie das Einfügen einer Art Bruchstelle für das politische System Chinas durch einen westlichen Staat wirken. Ein konsensualer Übergang der Souveränität von London an Peking fand somit nicht statt. Der 1995 auf Grundlage der modifizierten Vorschläge Patten's gewählte Legislative Council wurde 1997 durch ein Gremium nach den Vorstellungen Pekings ersetzt. Das Tauziehen zwischen der chinesischen Führung und oppositionellen Kräften in Hongkong hielt in den Folgejahren an. 2004 kam es zu großen Demonstrationen, als Peking das Basic Law zu seinen Gunsten auslegte. Für die Zeit ab 2007 war in dem Gesetz die Möglichkeit von Wahlrechtsänderungen, „if there is a need“ (Basic Law, Annex I, Zif. 7 bzw. Annex II, Zif. III) festgelegt. In Hongkong wurde das als autonom anzuwendendes Recht verstanden, ein allgemeines Wahlrecht zu beschließen. Peking legte hingegen fest, dass dieser „Bedarf“ vom Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses, Chinas oberster Volksvertretung, festgestellt werden müsse, womit die Entscheidung über ein neues Wahlrecht Peking in die Hände gegeben war.



Lage Hongkongs

### **Streitpunkt: Wahl des Regierungschefs**

2007 sagte die Führung zu, dass bis 2017 der „Chief Executive“, der Regierungschef der Stadt, aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden dürfe, bis 2020 auch der Legislative Council, das Stadtparlament. Die Besorgnis in Hongkong, im autokratischen System der Volksrepublik eine immer stärkere Einschränkung der Bürgerrechte hinnehmen zu müssen, blieb trotzdem bestehen. Das Massaker vom Tiananmen-Platz als ultimative Handlungsoption für die kommunistische Führung stand vielen Einwohnern dabei deutlich vor Augen. 2004 und 2009 gab es große Gedenkundgebungen für die von Panzern niedergewalzte Demokratiebewegung. Der Opposition gelang es bei den Wahlen für den Legislative Council 2008 und 2012 die für ein Veto nötige Mehrheit von einem Drittel der Mandate zu erlangen.

„Occupy Central with Love and Peace“, eine der wichtigsten Gruppen der Demokratiebewegung, veranstaltete im Juni 2014 eine Befragung zur Wahlrechtsreform. Von den 780.000 Bürgern (22% der erfassten Wahlberechtigten; Hongkong hat insgesamt 7,2 Millionen Einwohner), die sich beteiligten, sprachen sich über 90% für eine freie Wahl aus. Am 1. Juli gingen Hunderttausende Menschen auf die Straßen, um für Freiheit und Demokratie zu demonstrieren. Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses beschloss hingegen am 31. August 2014, dass zwar der Chief Executive aus einer allgemeinen Wahl hervorgehen solle, allerdings würden die bis zu drei Kandidaten für das Amt von der Mehrheit eines 1.200 Personen starken Nominierungskomitees vorher ausgewählt werden. Dieses hätte die gleiche Zusammensetzung wie das heutige Wahlkomitee für den Chief Executive. Zudem müssen die Kandidaten



China „lieben“. Für Demokratieaktivisten war damit klar, dass nur Peking genehme Kandidaten zur Wahl stehen würden. Dies stößt nicht überall auf Ablehnung. In Unternehmerkreisen unterstützen viele Peking, um nicht die Geschäfte zu gefährden.

Pekings Entschluss löste erste Demonstrationen aus, deren Umfang sich immer mehr steigerte. Die Polizei wollte eine dreitägige Protestveranstaltung am letzten Septemberwochenende 2014 unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken auflösen, erreichte damit aber das Gegenteil. Wie auch in Peking 1989 sind unter den Aktivisten besonders viele Studenten. Die Anzahl an Demonstranten schwoll in den Tagen darauf an. Teile der Stadt wurden von Zehntausenden Menschen blockiert, darunter das Finanz- und Regierungsviertel. Die Proteste der vorwiegend jungen Teilnehmer blieben zunächst friedlich und diszipliniert. Eine zentrale Forderung war der Rücktritt des Chief Executive Leung Chun-ying. Schließlich kam es doch zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten. Angehörige von kriminellen Organisationen („Triaden“) sollen daran beteiligt gewesen sein, wobei unklar ist, wer diese Leute eingeschaltet hatte. Es gibt Vorwürfe, dass Polizisten bei den Übergriffen der Schläger auf Demonstranten nicht eingeschritten sind. Nachdem Leung ein Ultimatum an die Protestierenden gerichtet hatte, die Arbeit von Ämtern und Schulen nicht länger zu behindern, waren zu Wochenbeginn am 6. Oktober deutlich weniger Demonstranten auf den Straßen. Es dürfte ein taktischer Rückzug gewesen sein, weil viele Teilnehmer einfach erschöpft waren, aber auch um eine Eskalation zu vermeiden. Ein Ende der Protestbewegung bedeutete dies aber nicht. Von Seiten der Demonstranten gibt es die prinzipielle Bereitschaft, mit Regierungsvertretern über ihre Forderungen zu verhandeln.



Demonstranten Ende September in der Harcourt Road

### **Haltung der chinesischen Regierung**

Die Haltung der Regierung in Peking zu den Forderungen der Demonstranten ist zwar klar, die Lösung des Problems aber schwierig. Es sprechen Gründe dafür, dass Xi Jinping sich in den Konflikt gar nicht einmischt. Ordnet er eine gewaltsame Niederschlagung an, würde das innen- und außenpolitisch große Probleme schaffen, geht er auf die Forderungen der Bürgerbewegung ein, macht er sich für seine innenpolitischen Gegner angreifbar, weil Nachgiebigkeit als Schwäche ausgelegt werden kann. Er befindet sich somit in einer Situation, die ihm keinen Vorteil verschafft. Und an internen Gegnern mangelt es ihm durch seine Antikorruptionskampagne nicht. Die Verwerfungen innerhalb des Staats- und Parteiapparates aufgrund der Säuberung sind beträchtlich. 250.000 Kaderleute sollen bereits für Vergehen bestraft worden sein. Darunter auch Vertreter höchster Kreise. Gegen Zhou Yongkang, bis 2012 Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros, des damals 9-köpfigen höchstens Gremiums der Partei, wird derzeit offiziell wegen „schwerer Disziplinarvergehen“ ermittelt – im Kern geht es um Korruption. Das ist als Bruch der politischen Kultur Chinas zu werten, weil es bislang ein Tabu war, (ehemalige) Mitglieder des innersten Führungszirkels zur Verantwortung zu ziehen. Auf diese Weise konnte bislang die Stabilität des Herrschaftsgefüges gewährleistet werden, zu der auch die reibungslose Machtübergabe von einer Politikergeneration an die nächste gehört. In China verfügen auch die ehemaligen Spitzenfunktionäre über beträchtlichen Einfluss. Die Netzwerke, die sie in ihrer aktiven Zeit geknüpft haben, bleiben bestehen. In diesen Abhängigkeitsverhältnissen spielt Geld eine wesentliche Rolle (Zhou's Angehörige sollen über ein Vermögen von mindestens 160 Millionen USD verfügen). Mittels der Antikorruptionskampagne will Xi die Seilschaften seiner Gegner zerschlagen. Ein prominenter Günstling von Zhou verbüßt bereits eine lebenslange Haftstrafe – das Politbüromitglied Bo Xilai wurde 2013 wegen seiner Amtsverfehlungen verurteilt. Eine saubere Verwaltung zu schaffen dürfte nicht das Hauptmotiv für das Durchgreifen sein. Parteigänger von Xi Jinping wurden bislang geschont. Mit dem Zerschlagen gegnerischer Gruppen innerhalb der Partei könnte aber der Weg für weitere Reformen bereitet werden. Zhou war einst Chef der China National Petroleum Corporation und die einflussreichen Staatsunternehmen könnten nach dem Ausschalten gegenläufiger Interessen leichter umstrukturiert werden.

Welche Dimension die internen Auseinandersetzungen an der Spitze erreicht haben, zeigen auch die warnenden Worte von Jiang Zemin und Hu Jintao, dem vorigen chinesischen Führungsduo, die Antikorruptionskampagne nicht zu überspannen. Die Frage ist, ob Xi sich auf die Konfrontation mit rivalisierenden Gruppen einlässt, weil er meint, in seiner Position als Staats- und Parteichef ausreichend gefestigt zu sein, um diese entmachten zu können, oder ob er Macht demonstrieren muss, weil er eben nicht genügend Rückhalt in der obersten Führungsetage hat. Letzteres würde bedeuten, dass Xi die Balance des Machtgefüges aufs Spiel setzt, um seine eigene Position zu festigen.

Recht dürften die Analysten behalten, die vermuten, dass die Antikorruptionskampagne ihren Höhepunkt überschritten hat. Die Vorgänge in Hongkong könnten hierzu beitragen haben. In den Medien wurde ein gemeinsames Bild von Xi mit Jiang und weiteren pensionierten Parteigranden veröffentlicht, das angesichts des öffentlich gewordenen Dissenses wohl deutlich machen soll, dass der interne Zwist beendet ist.

Die Verantwortung für die weiteren Vorgänge in Hongkong wird Chief Executive Leung zu tragen haben. In diese Richtung wies auch ein Beitrag in „China Daily“, wo die Frage nach einem möglichen Eingreifen durch Peking so beantwortet wurde, dass dies nicht nötig sein würde, wenn die lokale Exekutive mit den Demonstranten „angemessen“ umginge und sie abhalte, rechtswidrig zu handeln oder die Stadt in Geiselhaft zu halten. Es wurden auch keine Sicherheitskräfte von außerhalb Hongkongs entsandt. Die Regierung sprach Leung trotz immer stärker werdender Proteste bereits das Vertrauen aus, womit der Ball des Handelns bei ihm liegt.

### **Auswirkungen auf Taiwan**

In Rechnung zu stellen ist auch der Faktor Taiwan. Die Volksrepublik bekennt sich hinsichtlich der Insel, die sie als integralen Bestandteil Chinas betrachtet, ähnlich wie im Fall Hongkong zu zwei verschiedenen politischen Systemen. De facto ist die „Republik China“ ein selbständiges Staatswesen mit einem pluralistisch-demokratischen System. Seit der Amtsübernahme von Präsident Ma Ying-jeou 2008 hat sich das Verhältnis zwischen Peking und Taipeh deutlich entspannt. Wenn die chinesische Führung nun in Hongkong demonstriert, dass sie letztlich nicht gewillt ist, andere politische

Spielregeln als die eigenen zu akzeptieren, wird die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ völlig unglaubwürdig und zugleich der politische Graben zwischen Festland und Insel wieder tiefer. Das wiederum wird Taiwan darin bestätigen, das Bündnis mit den USA möglichst eng zu gestalten. Dieses Bündnis ruht auf dem Taiwan Relations Act von 1979, in dem Washington Taiwan Beistand im Falle der Anwendung „anderer als friedlicher Mittel“ (Taiwan Relations Act, Section 2, Zif. 2.4) durch Peking und die Lieferung defensiver Waffensysteme zusagte. Unglaubwürdig wird aber auch die nationale Rhetorik der Kommunistischen Partei, die Taiwan wieder der Oberhoheit Pekings unterstellen will, wenn sie nicht bereit ist, das dortige politische System zu akzeptieren.

Beendigung des Manuskripts am 6. Oktober 2014



**Bildnachweis**

S. 2: Base 64, Hong Kong Night Skyline, Quelle: Wikipedia Commons, lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported Lizenz

S. 3: Tubs, Lage von Hongkong, Quelle: Wikipedia Commons, lizenziert unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation Version 1.2

S. 4: Citobun, Protesters occupy Harcourt Road and associated flyovers at 9:00 pm on 29 September 2014, Quelle: Wikipedia Commons, lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International Lizenz



## **Autor**

Mag. Dr. Gerald Brettner-Messler ist seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (Fachbereich Sicherheitspolitik) sowie ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Militärischen Zeitschrift. Studium der Geschichte und einer Fächerkombination an der Universität Wien, Sponsion 1995, Promotion 1999, Ludwig-Jedlicka-Gedächtnispreis (Förderungspreis) für die Dissertation „Richard Riedl – ein liberaler Imperialist“.

## **Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)**

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at](mailto:wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

